

CDU Baden-Württemberg · Heilbronner Straße 43 · 70191 Stuttgart

An den Landesvorsitzenden  
des Philologenverbandes  
Herrn Ralf Scholl

An die Landesvorsitzende  
der Jungen Philologen  
Frau Martina Scherer

- Per E-Mail -

Stuttgart, 04.12.2020

**Wahlprüfsteine des Philologenverbandes und der Jungen Philologen Baden-  
Württemberg zur Landtagswahl 2021**

Sehr geehrter Herr Scholl,  
sehr geehrte Frau Scherer,

haben Sie vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine zur Landtagswahl  
2021.

Hierzu nehmen wir gerne insgesamt wie folgt Stellung:

Die CDU steht für ein leistungsfähiges, gegliedertes Schulsystem mit echter  
Schulartenvielfalt und begabungsgerechter Durchlässigkeit. Im Mittelpunkt steht  
die Qualität von Schule und Unterricht.

Bildung beinhaltet Wissensvermittlung, aber auch Charakter- und  
Persönlichkeitsbildung. Das Bildungsziel ist der mündige, verantwortungsbewusste  
und aktive Staatsbürger.

Das Gymnasium soll eine leistungsstarke und -orientierte Schulart sein, zu der das forschende Lernen und die breite vertiefte Allgemeinbildung gehören mit dem Ziel der allgemeinen Studierfähigkeit. Das setzt entsprechende Begabungen der Schüler und Lernbereitschaft voraus.

Die abrupte und ersatzlose Abschaffung der verbindlichen GSE unter Grün-Rot war ein Fehler. Für deren Wiedereinführung bestand in dieser Wahlperiode keine politische Mehrheit. Immerhin konnte durchgesetzt werden, dass die GSE an der weiterführenden Schule wieder vorgelegt werden muss. Die CDU plädiert für mehr Verbindlichkeit.

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen wurde die Fortführung des G9-Schulversuchs als Kompromiss definiert zwischen B90/Grüne, die für eine Einstellung des G9 plädierten und der CDU, die im Wahlkampf 2016 für ein G8/G9-Wahlmodell eintrat.

Das G9 sollte aus Sicht der CDU nicht nur mehr (Lern)Zeit bis zum Abitur und eine Entlastung der Mittelstufe bedeuten, sondern den SuS einen qualitativen Mehrwert bieten. Die Perspektive für das G9 ist im Lichte einer verbindlicheren GSE zu konkretisieren. Der o.a. Anspruch des Gymnasiums muss gewahrt bleiben.

Die Kürzung des Allgemeinen Entlastungskontingents und der Anrechnungsstunden durch die Vorgängerregierung war falsch. Die CDU tritt für die baldmögliche Umsetzung der zweiten Stufe des Konzepts zur Stärkung und Entlastung der Schulleitungen ein.

Der CDU ist es ein Anliegen, Lehrkräfte und Schulleitungen bedarfsgerecht zu unterstützen. Das betrifft nicht nur Fortbildungen und Best-Practice-Beispiele, sondern auch Themen wie Gewalt gegen Lehrkräfte, Cyber-Mobbing etc. Die Schulverwaltung ist mit ihren Einrichtungen dazu aufgerufen, den Betroffenen tatkräftig zur Seite zu stehen.

Eine Absenkung des Klassenteilers auf 28 SuS ist in Abhängigkeit der fiskalischen Perspektiven und der personellen Ressourcen zu sehen. Für die grundsätzlich durchaus wünschenswerte Forderung sehen wir mittelfristig keinen Spielraum. Die Sicherung und Verbesserung der Unterrichtsversorgung haben Priorität. Die CDU plädiert für leistungshomogene Eingangsklassen, damit das Classroom Management besser gelingt.

Die CDU unterstützt die Forderung nach einem 24-monatigen Referendariat. Referendare sollen ein Jahr echte Lernende sein und sich im höheren Maße zum selbständig erteilten Unterricht befähigen. Zudem können Inhalte wie Elterndialog mehr Raum einnehmen. Durch einen stärker am Unterrichtsalltag orientierten

Vorbereitungsdienst wollen wir Referendare bestärken, ein volles Deputat zu übernehmen.

Die Landesregierung hat das Referendariat in Teilzeit ermöglicht und damit ein Element für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen. Die KV-Reserve wird ausgebaut und die Vertretungsmittel erhöht. Es besteht kein Stellenmangel, sondern ein Bewerbermangel in bestimmten Fächern.

In absehbarer Zeit dürfte es auf allen Ebenen restriktive Sparhaushalte geben, um die Belastungen der öffentlichen Haushalte durch die Covid-19-Pandemie in den Griff zu bekommen. Dies begrenzt den Spielraum für Deputatsreduzierungen, zumal davon auszugehen ist, dass Lehrkräfte anderer Schularten eine vergleichbare Ermäßigung fordern.

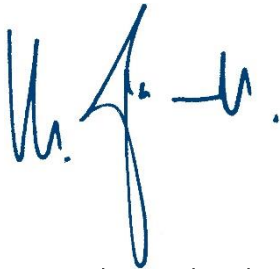
Im Kontext der Corona-Pandemie sind für die CDU Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung nebst Fortbildungsangeboten, der Gesundheitsvorsorge inklusive Corona-Teststrategie und Testmöglichkeiten sowie der Sicherung der Unterrichtsversorgung von Bedeutung.

Die Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakts Schule (nebst Schülerendgeräten, Förderung von IT-Administratoren, Beschaffung von Lehrerendgeräten) sowie die Bereitstellung eines schulscharfen Corona-Budgets sind wegweisend.

Mit dem Leitfaden Demokratiebildung und daran anknüpfenden Fortbildungsangeboten haben wir die politische Bildung an allen Schularten gestärkt. Dieser Ansatz sollte vor weiteren Maßnahmen wirken und evaluiert werden. Zudem setzt das Projekt #RespektBW ein Zeichen gegen Hass, Hetze und Fake News im Internet. Die Servicestelle Friedensbildung der LpB wurde gestärkt.

Zur abschließenden Positionierung zu künftigen bildungspolitischen Entscheidungen dürfen wir auf den bevorstehenden Beschluss des Wahlprogramms zur Landtagswahl durch den CDU-Landesparteitag verweisen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Manuel Hagel', with a stylized flourish at the end.

Manuel Hagel MdL